

heute offen aus. Was anders bedeutet ein Brief wie der folgende, den P. Kloppenburg als Beispiel für unzählige andere zitiert: „Ich bin katholisch, bin eifrig, praktiziere, habe eine besondere Verehrung für die hl. Theresia v. Kinde Jesu und die Gnadenmutter. Gott Dank, daß ich katholisch bin. Dennoch befällt mich tiefe Traurigkeit, wenn ich sehen muß, wie man meine Religion verwirft, weil sie unduldsam ist gegenüber den Kindern dieser Welt, die in anderen Religionen leben. Religionen sind Wege, die zu Gott führen. Jede Religion irgendeiner

Rasse oder an irgendeinem Punkte der Welt, die vorgibt, das Monopol der göttlichen Wahrheit zu besitzen, ist eine menschliche Fiktion, geboren aus der Eitelkeit und dem Stolz des Menschen. Gott ist der gütige Vater aller. Alle Religionen sind gut, sofern sie den Weg des Guten lehren: Nächstenliebe usw. . . . Ich gehe jeden Morgen zur Messe und bin glücklich; ich lese Allan Kardec und bin glücklich.“ Das ist die typische Äußerung eines brasilianischen Spiritisten. Es gibt sicher viele Katholiken in Europa, die ganz ähnlich schreiben würden.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Eine Kontroverse über die Eigentumsbildung

Die Forderung nach einer Gesellschaftsreform, die breitesten Kreisen zu Vermögensbildung und Vermögensbesitz verhilft, bildet seit *Quadragesimo Anno* einen Schwerpunkt der katholischen Soziallehre. Das Eigentum, so sagt man kurz, müsse breiter gestreut werden. Da Vermögen in der gegenwärtigen Volkswirtschaft überwiegend als produktives Kapital gebildet und investiert wird, konzentriert sich die Forderung nach Eigentumsstreuung auf die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Unternehmungen. Diese Forderung hat in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg ihr Gewicht bekommen durch die Tatsache, daß der Vermögenszuwachs in der westdeutschen Volkswirtschaft, in runden Zahlen, zu 40% der öffentlichen Hand, zu 40% den Unternehmungen und nur zu 20% Privathaushalten zugefallen ist. Die Unternehmungen haben ihren Anteil aus der Chance gezogen, daß sie infolge eines unermesslichen Bedarfs hohe Preise erzielen und ihre Gewinne im Wege der Selbstfinanzierung zum Wiederaufbau und zur Erweiterung und Rationalisierung ihrer Produktionseinrichtungen verwenden konnten. So haben die Konsumenten, die jene Preise zahlten, und die Arbeitnehmer, die sich mit bescheidenen Löhnen begnügten, den wirtschaftlichen Wiederaufbau oder, anders ausgedrückt, den Wiederaufbau und die Mehrung des Unternehmervermögens ermöglicht und bezahlt. Noch 1957 entfielen 50% des Zuwachses an Privatvermögen auf die Kapitalanreicherung der privaten Unternehmungen. Daß dieser Vorgang notwendig war und wesentlichen Anteil am deutschen Wirtschaftswunder hat, ist unbestritten. Dagegen muß man sich fragen, ob die Verteilungsquote des Zuwachses in Zukunft so bleiben darf, wenn man die Maßstäbe der christlichen Soziallehre anlegt. Es besteht, und zwar weit über den Kreis der christlichen Sozialreformer hinaus, Übereinstimmung, daß der Anteil breiter Schichten am künftigen Sozialprodukt wachsen, daß also die Selbstfinanzierung der Unternehmungen gesenkt werden müsse. Sehr viel schwieriger dagegen ist es zu sagen, welche ökonomischen und wirtschaftspolitischen Mittel die geeignetsten sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Primat der Wirtschaft oder Primat der Ethik?

Über diese Frage ist es in den Kreisen der katholischen Sozial- und Wirtschaftstheoretiker zu einer heftigen Kon-

troverse gekommen. Sie trat erstmalig auf der Saarbrückener Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken im April 1958 zutage. Dort befaßte sich eine Sektion des Sozialen Arbeitskreises unter Leitung von Dr. Josef Engel SCJ mit der „Strategie der Eigentumsbildung“ (vgl. Bericht über die Arbeitstagung in Saarbrücken 1958, hrsg. vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Paderborn 1958, S. 97—116). Die Referate der Tagung behandelten die Frage nach der Streuung des Kapitaleigentums unter ausschließlich volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten und zwar unter der Voraussetzung des marktwirtschaftlichen Modells.

Diese Art der Fragestellung fand den Widerspruch eines Teiles der Teilnehmer des Arbeitskreises, als deren Sprecher sich Professor Eberhard Welty OP zu Wort meldete. Die Frage einer Neuordnung der Eigentumsverhältnisse am Kapitalvermögen ist keine rein ökonomische, sondern primär eine sozioethische und gesellschaftspolitische. Selbstverständlich kann sie nicht ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten gelöst werden. Das kann aber nicht heißen, daß ihr eine bestimmte Konzeption von Wirtschaft, in diesem Falle das Modell einer liberalen Marktwirtschaft als schlechterdings gültig und unabänderlich übergeordnet werden dürfte, gleich als handelte es sich bei den Marktgesetzen einer liberalen Wirtschaft um naturgesetzliche Gegebenheiten, die niemand zu ändern vermag. Die christliche Soziallehre kann nicht zugestehen, daß die Ordnung oder Neuordnung der Gesellschaft, von der die Neuordnung des Eigentums ein wichtiger Bestandteil ist, als reine Funktion einer bestimmten wirtschaftlichen Ordnung betrachtet wird; das hieße, die hundertjährige Tradition der christlichen Sozialreform verleugnen und zu den Prinzipien des klassischen Liberalismus zurückkehren. Ferner wendet sich die christliche Sozialtheorie gegen die implizite Unterstellung, als sei der gegenwärtige Modus der volkswirtschaftlichen Gewinnverteilung ausschließlich das Ergebnis der Marktgesetze. Dabei wird vergessen, wie groß der Einfluß wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Gewinnverteilung ist, und das auch innerhalb einer prinzipiell „freien“ und marktgesetzlichen Wirtschaft.

Diese Einwendungen wurden in Saarbrücken nicht diskutiert; auch der Tagungsbericht enthält sie nicht.

Nun ist aber die Diskussion in aller Öffentlichkeit begonnen worden. Der Generalsekretär des Bundes Katholischer Unternehmer, Dr. Wilfried Schreiber, hat in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ (Heft 9,

November 1958, S. 681—694) und — in erweiterter Form — in einer Broschüre (Vermögensbildung in breiten Schichten, Köln 1958) die These vertreten, das Problem der Beteiligung breiter Schichten am Kapitaleigentum könne ohne lenkungswirtschaftliche Maßnahmen, allein durch die Förderung der Sparsamkeit bei den Beziehern der Masseneinkommen gelöst werden. Diese Ansicht hat sehr ernsten Widerspruch bei Paul Jostock (Ein neues Rezept zur breiten Eigentumsstreuung. In: „Die neue Ordnung“ Heft 2, April 1959, S. 107) gefunden. Wollte man die Positionen beider Autoren kurz zu charakterisieren versuchen, dann könnte man sagen: Schreiber meint, daß das Eigentum in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung den Beziehern von Arbeitseinkommen von selber zufallen wird, wenn sie sich nur volkswirtschaftlich richtig verhalten. Jostock dagegen sieht in dieser Annahme eine neue Spielart des klassischen nationalökonomischen Prinzips „laissez faire, laissez passer“ und des liberalistischen Wirtschaftsmodells, das von der unrealen Voraussetzung des „homo oeconomicus“ ausgeht.

Unser Bericht versucht nun, die Gedanken der beiden Autoren wiederzugeben. Auch Schreiber tritt selbstverständlich für die Streuung des Eigentums ein, ja er sieht in ihr sogar eine unerläßliche Voraussetzung für die Erhaltung einer freien demokratischen Gesellschaft. In sehr überzeugenden Ausführungen legt er dar, inwiefern Eigentum auch unter den heutigen Verhältnissen noch eine wichtige Voraussetzung persönlicher Sicherheit, menschlichen Freiheitsbewußtseins und sozialer Stabilität ist. Manche Erwartungen, die die katholische Soziallehre an die Eigentumsstreuung knüpft, erscheinen ihm allerdings fragwürdig. So glaubt er nicht daran, daß das Eigentum der Masse der Wirtschaftsbürger einen größeren Spielraum zur Selbstentfaltung der Person gewähren kann, weil es ja überwiegend in der anonymen Form des Wertpapiers bestehen wird. Es wird auch die Unternehmensverfassung nicht demokratisieren. Und endlich wird es, gerade wenn es möglichst breit gestreut wird, kaum so groß werden, daß es als zusätzliche Einkommensquelle entscheidend oder auch nur erheblich ins Gewicht fällt. Schon heute, sagt Schreiber, macht das Besitzeinkommen nur 13 % des Gesamteinkommens aus, und es hat eher fallende als steigende Tendenz. Dennoch ist die Eigentumsstreuung zu wünschen. Wie aber ist sie zu verwirklichen?

Sparen — der Weg zur Eigentumsstreuung

Unter Berufung auf die volkswirtschaftlichen Erkenntnisse, die die Wissenschaft vor allem dem britischen Sozialökonom John M. Keynes verdankt, legt Schreiber seinen Überlegungen einen Wirtschaftsvorgang zugrunde, der für den Nichtfachmann nicht leicht verständlich ist, dessen theoretische Gültigkeit aber nicht bestritten wird. „Die für unser Thema wesentliche Erkenntnis ist die folgende: Zur Finanzierung der Investitionen, die den wirtschaftlichen Fortschritt herbeiführen, bedarf es des Sparens der Haushalte nicht. Die Unternehmungen können ihre Investitionen aus Bankkredit finanzieren. Der ganze Betrag, um den die Investitionen das gleichzeitige Sparen der privaten Haushalte übersteigen, wird dann vom Geldkreislauf mit Notwendigkeit der Gesamtheit der Unternehmungen als ‚Gewinn‘ zugeschwemmt.“ Mittels dieser Gewinne werden die Bankkredite zurückgezahlt, und das Eigentum an den Sachwerten der Investitionen geht nun effektiv an die Unternehmungen über. Daraus

ergibt sich eine notwendige Folgerung: Je mehr die privaten Haushalte ersparen, um so mehr Sparkapital steht für die Investitionen zur Verfügung, um so weniger wird Investitionskapital aus zusätzlicher Kreditschöpfung seitens der Banken benötigt, um so geringer werden also die sogenannten Kreislaufgewinne, von denen oben die Rede war. Daraus folgt theoretisch: Wenn das gesamte Investitionskapital privaten Ersparnissen entnommen werden könnte, gäbe es jene Kreislaufgewinne überhaupt nicht mehr. Das gesamte neugeschaffene Eigentum würde den Sparern zufallen.

So kommt Schreiber zu dem verblüffend einfachen Ergebnis: Das Problem der Verteilung des neugeschaffenen Eigentums ist gelöst, wenn die Arbeitnehmer annähernd soviel ersparen, wie an Investitionskapital benötigt wird. Je mehr sie sparen, um so mehr wächst ihnen neugeschaffenes Eigentum zu. Nun handelt es sich hierbei aber nicht nur um die Binsenwahrheit, daß man sparen muß, um zu Vermögen zu kommen. Der Begriff „Sparen“ hat in der modernen dynamischen Wirtschaft einen andern Sinn, als den wir aus einem überholten statischen Wirtschaftsdenken mit diesem Wort verbinden. Unter der Tätigkeit des Sparens verstehen wir nämlich immer noch die Selbstaufgabe von Entbehrungen. Wer zu sparen beginnt, muß, wie wir meinen, heute weniger verzehren als gestern. Ein solches Sparen aber ist, aufs Ganze gesehen (makroökonomisch), in einer dynamischen Wirtschaft nicht nur nicht notwendig; es wäre geradezu unsinnig. Eine allgemeine Konsumeinschränkung dieser Art würde ja Produktionseinschränkung nach sich ziehen und erst recht neue Investitionen unrentabel machen. Die dynamische Wirtschaft kann nur fortschreiten, wenn der Konsum, sei es quantitativ, sei es qualitativ, mit der Produktion Schritt hält. In einer dynamischen Wirtschaft müssen wir also heute mindestens soviel konsumieren wie gestern! Es handelt sich beim Sparen nur um die Verwendung der Zuwachsrate aus dem Sozialprodukt, von der ein Teil für Investitionen abgezweigt werden muß. An dieser Zuwachsrate sind alle Schaffenden über ihre Einkommenserhöhungen beteiligt. Sie können und sollen nur insoweit sparen, als sie nicht auf ihren heutigen, sondern auf einen Teil ihres dank erhöhtem Einkommen morgen möglichen Konsums verzichten. Sie sollen jeweils einen Teil ihres Einkommenszuwachses zurücklegen.

Ein solches Verhalten der überwiegenden Mehrheit der Bezieher von Arbeitseinkommen würde dazu führen, daß der Markt vom Käufer beherrscht wird; denn die Käufer würden ihr vermehrtes Geld nicht mehr um jeden Preis loswerden wollen. Die Unternehmer müßten (in beschränktem Maß) durch Preisnachlässe und im übrigen durch weitere Erhöhung der Nominallöhne reagieren, wenn sie ihre Produktion verkaufen wollen. Die Grenze ihrer Nachgiebigkeit würde allerdings erreicht werden, wenn es für die Unternehmer vorteilhafter wäre, die Produktion einzuschränken oder doch wenigstens nicht weiter zu rationalisieren. Diese Grenze zu vermeiden, ist Aufgabe der Preis- und der Lohnpolitik. Im ganzen betrachtet, erhöht aber der Sparprozeß auf die Dauer sowohl das Real- wie das Nominaleinkommen. „Die Haushalte erhalten für den kleiner gewordenen Teil des Einkommens, den sie dem Verbrauch widmen, doch wieder die gleiche Gütermenge wie ehemals. Ihr Realeinkommen steigt (in summa) um genau den Betrag ihres Mehrsparens. Der Konsumverzicht, den das Mehrsparen ihnen abforderte,

war nur eine kurzfristige Vorleistung. Nach Einpendeln des neuen Preisgleichgewichtes wird ihnen genausoviel an Realeinkommen zusätzlich zuteil, wie sie zusätzlich gespart haben. Sie sparen also ‚ohne Konsumverzicht‘. Ihre Ersparnis geht ganz auf Kosten der Unternehmergewinne. Trotzdem brauchen die Unternehmungen ihre Investitionen nicht einzuschränken. Bloß können sie nur noch einen kleineren Teil davon aus Gewinnen finanzieren, sie müssen stattdessen in erhöhtem Maß auf Kapitalmarktmittel zurückgreifen.“

Aus diesen volkswirtschaftlichen Erwägungen kommt Schreiber zu dem Urteil: „Die Politik der Eigentumsbildung in breiten Schichten braucht nicht viel mehr zu sein als Aufklärung über die Marktchancen des Konsumentenhaushalts und wirksame Sparförderung und Sparpropaganda.“ Alle sozialreformerischen Pläne zur betrieblichen oder überbetrieblichen Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs der Unternehmungen hält er für „uninteressant“, ja sogar für eine Zumutung an das Selbstgefühl der Arbeitnehmer, weil man ihnen Geschenke aufdrängt, die sie gar nicht nötig haben. „Auf die ganze Optik des Beschenktwerdens, der altruistischen Begünstigung durch fortschrittliche Unternehmer, tüchtige Gewerkschaften oder soziale Gesetzgeber können die Arbeitnehmer pfeifen, sie haben den ganzen Zauber sozialpolitischer Nachhilfe nicht nötig, sie erreichen das Ziel der Klasse ganz allein, aus eigener Kraft, sie können durch bloßes Marktverhalten jene Quelle der Vermögensbildung für sich erbohen.“

Schreiber warnt aber davor, diese Vermögensbildung allzusehr zu forcieren. Maßvolle Kreislaufgewinne seien für den Bestand einer freien Wirtschaft unerlässlich, und zwar aus zwei Gründen: Sie gewährleisten die Existenzmöglichkeit der kleineren und der weniger rationalisierten Unternehmen, die mit höheren Kosten arbeiten. Und zweitens: Sie sind die Vorbedingung der Unternehmerinitiative. Wenn der Unternehmer nicht mehr die Gewinnchance sieht, die sich für ihn im Vermögenszuwachs aus der Selbstfinanzierung bestätigt, dann hat er nicht mehr das Interesse an neuen Investitionen. Die Arbeiter sollten einsehen, daß sie selber den größten Nutzen aus dem Fortschritt der Wirtschaft ziehen, den die Initiative und die Investitionen der Unternehmer hervorbringen. Angesichts dieses Vorteils ist es weniger wichtig, wem das wachsende Kapitalvermögen gehört.

Die falschen Voraussetzungen der Markttheorie

Paul Jostock hat sich in seiner Entgegnung sowohl gegen die volkswirtschaftliche Theorie Schreibers gewandt als auch gegen die Behauptungen, daß der wirtschaftliche Fortschritt mit der Vermögensbereicherung der Unternehmen stehe und falle und daß der Arbeitnehmer der eigentliche Nutznießer der gegenwärtigen Ertragszurechnung sei. Jostock behauptet, daß die Theorie von Schreiber nicht einmal in der gegenwärtigen Wirtschaft zutrifft und daß erst recht nicht die gegenwärtige Ertragsverteilung die einzige ist, die den Fortschritt der Wirtschaft gewährleistet. Die Selbstfinanzierung muß nicht sinken, wenn die Spartätigkeit wächst. Die Unternehmer können ausweichen. Und „wenn es noch Wirtschaftsführer geben sollte, die glauben, daß die freien Völker eher alles schlucken als auf die Tätigkeit des privaten Großunternehmers zu verzichten, so leben sie in einer Illusion“. Jostock gibt zu, daß die Theorie Schreibers richtig ist,

jedoch unter der entscheidenden Voraussetzung des „ceteris paribus“, das heißt, wenn man sich die Wirtschaft als einen rein durch Marktgesetze automatisch bestimmten geschlossenen Kreislauf vorstellt, der durch keine in ihm nicht vorgesehenen Faktoren beeinflusst wird.

Aber diese Vorstellung entsprach nie und entspricht auch heute nicht den Tatsachen. Wäre die These Schreibers richtig, daß das Realeinkommen der Arbeiter sich einzig und allein auf dem Weg des Sparens erhöhen könne, dann hätte die Arbeiterschaft in den vergangenen hundert Jahren ihre Lebensbedingungen nicht so verbessern können; „keine noch so große Bemühung hätte den Anteil des Arbeitseinkommens am Sozialprodukt vergrößern können“.

In der Gegenwart wird die These Schreibers dadurch widerlegt, daß die Selbstfinanzierung der Unternehmen keineswegs in demselben Maß zurückgeht, wie die privaten Ersparnisse wachsen. Das zeigen folgende Zahlenreihen: Die Ersparnisse betragen von 1952 bis 1958 4,5; 5,5; 6,7; 6,9; 10,9; 12,5 Milliarden DM — die Summen der Selbstfinanzierung mittels nicht entnommener Gewinne 7,6; 5,3; 5,3; 11,1; 10,6; 10,4; 10,2 Milliarden. Das beweist, „daß die Selbstfinanzierung bei größerer Spartätigkeit der Konsumenten nicht sinken muß, sondern daß die Unternehmer ausweichen können, indem sie stärker rationalisieren und damit den wirtschaftlichen Fortschritt und das Wachstum des Sozialprodukts um so schärfer vorantreiben“. Als Ausweichmöglichkeit steht ihnen neben verschärfter Rationalisierung auch noch die Auslandsinvestition zur Verfügung. Das Sparen der Konsumenten kann also die Beschneidung der Unternehmergewinne nicht erzwingen, weil der Wirtschaftskreislauf, entgegen der Voraussetzung Schreibers, nicht abgeschlossen, sondern eben dynamisch in der Vertikale und in der Horizontale ist.

Zu den mit „ceteris paribus“ bezeichneten Voraussetzungen der Theorie von Schreiber gehört ferner die Annahme, daß die Ersparnisse der Konsumenten automatisch in private Investitionen umgesetzt werden. Nun machen aber die industriellen privaten Investitionen nur ein Drittel aller Investitionen aus. Zwei Drittel investiert die öffentliche Hand. Wie kann ein Wirtschaftsmodell realistisch sein, das den öffentlichen Sektor ignoriert? Wenn Schreiber die Tatsache berücksichtigte, daß sich der Wirtschaftskreislauf nicht nur zwischen Produzenten und Konsumenten abspielt, sondern daß der Staat sich, nehmend und gebend, d. h. dirigierend in diesen Kreislauf einschaltet, dann könnte er die Ertragsverteilung nicht einfach als das Ergebnis der Marktmechanik darstellen. Das war sie nie und das ist sie auch in der Gegenwart nicht.

Ein anderes Moment, das Schreiber außer acht läßt, ist psychologischer Natur. Schreiber spricht vom Arbeitnehmer und Konsumenten so, als gäbe es einen Kollektivwillen, der sich zu vermehrtem Sparen entschließen könnte oder sollte. Tatsächlich handelt es sich um die freien Entscheidungen von Millionen von Menschen, von denen ein beträchtlicher Teil an privater Vermögensbildung, die nicht nur als später auflösbare Rücklage, sondern als dauernde Kapitalanlage gedacht ist, kein Interesse hat. Da aber die Nichtsparer nach der Theorie Schreibers genau so an den volkswirtschaftlichen Vorteilen des Sparens teilnehmen wie die Sparer, ist von da her kein Anreiz zum Sparen gegeben. Schreibers Theorie

könnte nur dann zum Tragen kommen, wenn alle Arbeitnehmer oder doch ihre ganz überwiegende Mehrheit sich als jene *homines oeconomici* verhielten, die es in der Wirklichkeit nicht gibt. Hat der klassische Liberalismus nicht auch immer behauptet, die sozialen Probleme würden sich von selbst lösen, wenn die Menschen sich nur marktgerecht verhielten? Man brauche keine soziale Intervention, sondern nur soziale Pädagogik?

Achim v. Loesch hat in einem Aufsatz „Arbeitnehmer und Vermögensbildung“ (Der Volkswirt Jhg. 11, Nr. 27, 6.7.57) auf die engen Grenzen hingewiesen, die dem Sparwillen des durchschnittlichen Arbeitnehmers gesetzt sind, und zwar auch bei steigenden Einkünften. Die Annahme, daß der Konsum langsamer als das Einkommen ansteige, ist eine theoretische Vereinfachung, die sich im Leben der meisten Arbeitnehmer nicht bewahrheitet. Wie Rowntree gezeigt hat, gibt es in einem solchen Leben nur zwei Perioden, in denen gespart werden kann: die Zeit vor der Familiengründung und die Zeit, da die Kinder schon erwachsen sind, der Arbeiter jedoch noch berufstätig ist. In beiden Fällen aber führen die etwaigen Ersparnisse nicht zur echten Vermögensbildung, sondern sie werden wieder aufgelöst, das erste Mal bei der Familiengründung, das zweite Mal im Erbfall. In den übrigen Zeiten des Lebens, während einer Familie Kinder geboren werden und in ihr heranwachsen und dann wieder im Alter, gestatten schon die echten Konsumbedürfnisse mehrheitlich keine Ersparnisse.

Zu der „Apotheose der Selbstfinanzierung“ bei Schreiber, mit der angeblich die freie Wirtschaft steht und fällt, bemerkt Jostock, sie unterschätze doch wohl das Unternehmerethos. Er zitiert den Unternehmer und Wirtschaftstheoretiker C. Föhl: „Es erscheint mir als sehr fraglich, ob die Erziehung eines möglichst hohen Gewinns heute überhaupt noch als Motiv unternehmerischer Tätigkeit angesprochen werden kann.“ Die Ansammlung eines großen Privatvermögens sei „kaum noch interessant“. Vor allem für den Manager sind andere Rücksichten ebenso oder noch mehr wichtig als der Gewinn.

Außerdem verzeihe Schreiber das Problem. Selbstverständlich ist Selbstfinanzierung in einem gewissen Ausmaß natürlich und notwendig. Es handelt sich aber um die Quote, die vor dem ersten Weltkrieg 10 bis 20% betrug, heute aber nicht viel weniger als 50%. Das bedeutet, daß die Vermögenskonzentration oder die Kluft zwischen Armen und Reichen von Jahr zu Jahr größer wird. Wir erleben das genaue Gegenteil einer Vermögensstreuung. Wenn sich daran nun trotz der Theorie von Schreiber nichts ändert, weil die Arbeitnehmer eben nicht genügend sparen oder weil die Unternehmer ausweichen und ihre Differentialgewinne zu erhalten verstehen, soll man dann den Dingen ihren Lauf lassen? Das ist das Problem, das zu den verschiedenen Plänen zur Eigentumsförderung geführt hat! Wenn Kreislaufgewinne notwendig sind, um die dynamische Wirtschaft in Gang zu halten, ist es dann ohne weiteres auch notwendig, daß sie restlos ins Eigentum der Unternehmer übergehen? Warum können sie nicht über irgendeine Art von Investivlohn auch den Arbeitnehmern zugutekommen?

Jostock bezweifelt auch die Richtigkeit der von Schreiber vertretenen Ansicht, daß die Selbstfinanzierung der großen Unternehmen die Bedingung für die Existenz der kleineren und weniger fortschrittlichen sei. Verschärft nicht gerade das Tempo der Rationalisierung, das die

Großen mittels der Selbstfinanzierung angeben, den Existenzkampf der Kleineren, die da nicht mitkönnen?

Mit einer gewissen Schärfe wendet sich Jostock gegen Schreibers These, daß die Arbeiter die Hauptnutznießer des Kapitalismus seien, weil der Produktivitätszuwachs zum größeren Teil in Gestalt höherer Löhne ihnen, zum kleineren Teil dagegen den Unternehmern zufalle (in den letzten Jahren etwa im Verhältnis 2 zu 1). Wenn man, sagt Jostock, das auf den einzelnen Arbeiter und Unternehmer umrechnet, ergibt sich, daß im Durchschnitt der Industrielle hundertmal soviel davon einheimst wie der Arbeiter! Und dazu noch die Behauptung, im Grunde genommen habe ja nur der Unternehmer, der Forscher, der Konstrukteur, der Politiker den Fortschritt ermöglicht, nicht dagegen der Arbeiter! Selbst wenn man diese Behauptung im Sinne ihres Urhebers versteht, der damit den Unterschied zwischen schöpferischer und ausführender Arbeit hervorheben wollte, ist sie falsch und widerspricht einer anderen These von ihm. Er sagt, daß die Differentialgewinne der Unternehmer ohne ihr Zutun durch den Wirtschaftsprozeß selbst ihnen zugeschwennt werden. Sie seien „eine gesellschaftliche Erscheinung“. Ist dann etwa der Wirtschaftsprozeß als ganzer und der wirtschaftliche Aufstieg in Deutschland kein gesellschaftlicher Prozeß? Damit soll gesagt sein, daß der Aufstieg trotz der Unternehmer, Konstrukteure und Politiker nicht möglich gewesen wäre, hätten die Arbeiter die kühnen Ideen nicht realisiert.

Jostock resümiert seine Kritik an Schreibers Konzeption mit der Feststellung, daß diese nichts weiter sei als ein neuer Ausdruck der alten liberalistischen Wirtschaftsauffassung, die alles Heil vom freien Kräftespiel in der Wirtschaft erwartet. Diese Auffassung sei heute um so weniger zeitgemäß, als doch wohl jedermann wisse, daß die Entwicklung der Wirtschaft und ihre Ausrichtung ganz entscheidend durch die jeweilige Wirtschaftspolitik des Staates bestimmt wird, die — in unserem Fall — den Unternehmern ihre Vermögensneubildung ermöglicht hat. Und selbst wenn, so sagt Jostock, das Industriekapital nur aus den Kräften des Marktes gebildet würde, dann wäre es immer noch eine Mißachtung der Prinzipien christlicher Soziallehre, zu sagen, daß man die Dinge nur vom Markt her ändern könne und dürfe. „Die Behauptung, der Markt verwirkliche von selbst die soziale Gerechtigkeit, ignoriert und verkennt nicht nur die Bedeutung der sozialen Ordnung, sondern erniedrigt den Menschen unter die Sachgüter und läßt ihn von deren ökonomischer Schwerkraft dirigiert sein bis in die höchsten Anliegen seines Geistes und seiner Seele hinein. Hätte das wohl jemand für möglich gehalten, daß nach einem Jahrhundert des heißen Ringens um eine neue Sozialordnung solche Grundsätze inmitten des deutschen Katholizismus neu hervorbrechen und im Ernst verkündet werden könnten?“

*Oswald von Nell-Breuning
zur Frage der Vermögensbildung*

Nun hat Schreiber sich für seine Ansichten auf einen Gewährsmann von höchstem Ansehen berufen, nämlich auf Professor Oswald von Nell-Breuning SJ, der in seinem Aufsatz „Sparen ohne Konsumverzicht“ (Der Volkswirt Jhg. 11, Nr. 37, 14. September 1957) dieselbe Auffassung ausgesprochen habe, nämlich, daß „alles ganz von selbst kommt“ und sozialpolitische Maßnahmen sich erübrigen,

wenn die Arbeitnehmerschaft ohne Konsumverzicht spart und dadurch die Unternehmergewinne zum Einschrumpfen bringt. Schreiber interpretiert seinen Gewährsmann im Sinne seiner eigenen Überzeugung: „Die Marktwirtschaft braucht, um sozial zu sein, nicht an sozialpolitischen Krücken zu gehen. Im Streben nach Vermögensbildung haben die Haushalte — und natürlich auch und gerade die der Arbeitnehmer — eine unerhört starke Marktposition.“

Es scheint aber doch, daß zwischen den Auffassungen, die von Nell-Breuning in jenem Aufsatz ausgesprochen hat, und denen Schreibers nicht unbedeutende Unterschiede bestehen. Zunächst heißt es schon in der redaktionellen Vorbemerkung zu Nell-Breunings Aufsatz, der Schreiber bei der Niederschrift seiner Publikationen möglicherweise nicht vorlag, da er ihn nicht genau zitiert hat: „Der Autor [v. Nell-Breuning] vertritt die Auffassung, daß in einer wachsenden und vollbeschäftigten Wirtschaft der Ansatzpunkt für die Vermögensbildung der besitzlosen Mehrheit der Bevölkerung die Nominaleinkommen seien.“ Das in der Tat ist der Mittelpunkt seiner Ausführungen: „Nur insoweit die Erhöhung der nominellen Einkommen den Anstieg des Preisniveaus übertrifft, können sich Ersparnisse in den Händen der Einkommensbezieher bilden.“ Die Erhöhung der Nominaleinkommen bildet für Nell-Breuning „den Ansatzpunkt“ zur Vermögensumschichtung. Allerdings, und darin stimmt er mit Schreiber überein, nur dann, wenn die Einkommensbezieher das erhöhte Nominaleinkommen nicht „um jeden Preis“ in Konsumgüter umsetzen, sondern sich ungerechtfertigten Preiserhöhungen widersetzen, indem sie nicht kaufen und stattdessen sparen. Das ist nun aber ein wesentlich anderer Ansatzpunkt als der von Schreiber. Dessen These steht und fällt mit der Voraussetzung, daß die Arbeitnehmer zunächst eine Vorleistung erbringen müssen, die sich dann in den folgenden Phasen des Wirtschaftskreislaufs für sie rentiert. Er sagt das in mehreren Variationen ausdrücklich: „Wir sagen aber, abweichend von den Gewerkschaften: die erhöhte Sparleistung muß der Lohn-erhöhung vorausgehen, die Lohnerhöhung muß also durch die Vorleistung erhöhten Sparens motiviert, begründet, verursacht sein. Sie ist erst fällig, wenn sich herausstellt, daß das verstärkte Sparen tatsächlich die Nachfrage gedrosselt hat. (Das bloß absolute Mehrsparen aus Mehrlohn bei gleichbleibender Sparquote hat diese Wirkung natürlich nicht; ein kumulativer Prozeß wird also nicht ausgelöst.)“ An anderer Stelle: „Das Opfer, das sie (die Konsumenten und Arbeitnehmer) bringen müssen, ist lediglich eine — vielleicht — ein- bis zweijährige Anpassungsverzögerung ihrer Löhne.“

Für Nell-Breuning beginnt der Vermögensbildungsprozeß mit der Erhöhung der nominellen Masseneinkommen. Dann entsteht das Problem, was die Empfänger damit tun werden. „Es geht darum, ob sie ‚um jeden Preis‘ sich ihres höheren nominellen Einkommens entledigen, es zu den Unternehmen, von denen es seinen Ausgang genommen hat, zurückbringen, es ihnen wieder aufdrängen wollen.“

Im nächsten Satz stellt Nell-Breuning dann sogleich die Frage, wie man wohl die Aussichten auf ein vernünftiges Verhalten der großen Mehrheit zu beurteilen habe. Das Modell ist nicht praktikabel, wenn „ein Teil so, ein anderer Teil anders handelt, keiner aber mit hinreichender Sicherheit wissen kann, wie die anderen oder doch die

Mehrheit handeln werden“. Die Schwierigkeit liegt darin, daß der einzelne Einkommensbezieher die Möglichkeit hat, durch Verausgabung seines ganzen Nominaleinkommens einen höheren Konsumanteil an sich zu ziehen als die anderen. Wenn solches Beispiel Schule macht, führt das zu Preiserhöhungen, die das erhöhte Einkommen wieder aufsaugen. „Wird es möglich sein, den Menschen diese Zusammenhänge so klarzumachen, daß sie nicht nur darum wissen (schon das ist heute nur bei wenigen der Fall), sondern eine hinreichend große Zahl sich auch in ihrem Handeln von diesen Einsichten bestimmen läßt?“ Nell-Breuning sagt, man dürfe nicht daran verzweifeln, müsse aber doch nach „Mitteln und Wegen“ suchen, die Menschen ohne Zwang zu ihrem Vorteil hinzulenken.

Es ist kaum vorstellbar, daß diese Mittel und Wege nur in Überredungskünsten bestehen. Nell-Breuning schreibt am Schluß seines Aufsatzes: „Wer an der Erhaltung einer freiheitlichen Wirtschaft interessiert ist, muß bereit sein, auch um einen hohen Preis den Zustand zu überwinden, daß die vermögenslos dastehende Mehrheit der Bevölkerung ausschließlich auf das, was man heute ‚soziale Sicherheit‘ zu nennen sich gewöhnt hat, angewiesen ist.“ Dieser „hohe Preis“ ist in der Theorie Schreibers nicht vorgesehen. Es würde doch wohl ein Preis sein müssen, den an erster Stelle die Unternehmer zu zahlen hätten und der mittels politischer Maßnahmen festzusetzen und einzuziehen wäre. Nell-Breuning deutet ihn auch an, wengleich im Gedankenzusammenhang mit der Förderung des Mittelstandes. Er schreibt: Es wäre notwendig, „alle wesenswidrigen Begünstigungen der Großunternehmen in der Wirtschaftsverfassungs-, Sozial-, Steuer- und Kapitalmarktpolitik abzubauen“. Das allein dürfte genügen, um zu zeigen, daß Nell-Breuning sich nicht nur bewußt ist, daß die heutige Marktwirtschaft und in ihr das Unternehmertum im Gegensatz zu Schreibers Annahme keineswegs ohne „Krücken“ geht, das heißt ohne wirtschaftspolitische Begünstigungen, sondern daß er auch sehr viel mehr als Schreiber („reine Marktgesetzlichkeit — auf die wir mit Recht große Stücke halten“) auf die Korrektur der gegenwärtigen Ertragsverteilung durch politische Maßnahmen vertraut.

Jostock hat in seinem Aufsatz unter Bezugnahme auf Föhl eine solche Maßnahme angedeutet, bei deren Durchführung die Theorie Schreibers an realistischen Wert gewinnen könnte. Sie würde darin bestehen, „daß bei gleichbleibender Wachstumsrate derselbe Betrag, der aus den Arbeitseinkommen zusätzlich erspart wird, aus den Besitzeinkommen (Unternehmergewinnen) zusätzlich weggesteuert werden muß. Um trotzdem das Steueraufkommen auf der bisherigen Höhe zu halten, wäre die steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen um denselben Betrag zu ermäßigen.“

Soziologische Gesichtspunkte der Eigentumsfrage

Die Kontroverse zwischen Schreiber und Jostock wird hoffentlich im Kreis der katholischen Sozialtheoretiker weitere Stellungnahmen auslösen, und zwar unter Einbeziehung aller grundsätzlichen und tatsächlichen Aspekte, die das Problem der Eigentumsbildung darbietet. Schreiber hat, obwohl man seiner Theorie den Einwand der Einseitigkeit entgegensetzen muß, doch eine ganze Anzahl solcher Aspekte angedeutet, die zu einer umfassenderen Theorie verarbeitet werden könnten. Jostock andererseits hat schon früher in einem Aufsatz „Zur Selbst-

finanzierung“ (Die Neue Ordnung, Heft 4, April 1957) eine Reihe gewichtiger Stimmen aus Wirtschaftskreisen angeführt, die der Auffassung zuneigen, daß der Anreiz zur privaten Vermögensbildung in den breiten Schichten des Volkes vom Abbau der unternehmerischen und der öffentlichen Selbstfinanzierung ausgehen muß. Tatsächlich hat auch Schreiber die staatliche Lenkung in Gestalt von politischen Maßnahmen zur Förderung einer breit gestreuten Kapitalbildung nicht so radikal abgelehnt, wie es nach einzelnen seiner Formulierungen den Anschein hat und verstanden werden kann. Wenn freilich seine Schrift zu Mißverständnissen Anlaß gibt, so muß er sich das wegen seiner ungewöhnlichen Diktion selbst zuschreiben. Die Schrift enthält immerhin eine Anzahl konkreter Vorschläge zur politischen Förderung der Sparsparaktivität. Deshalb kann man wohl nicht ganz mit Recht behaupten, er erwarte in der deutschen Gegenwart und nahen Zukunft die Lösung des Problems nach liberalistischen Prinzipien „vom Markt allein“; richtiger wird seine Meinung vielleicht charakterisiert, wenn man sagt, er fordere, daß ausschließlich marktkonforme politische Mittel angewendet werden sollen. Er hat auch wohl nicht den „ganzen Zauber sozialpolitischer Nachhilfe“ abgelehnt. Ist er doch einer der geistigen Urheber der Rentenreform, der auch in dieser Schrift wieder feststellt, daß das große Problem der sozialen Sicherheit allein durch Vermögensstreuung nie mehr gelöst werden kann.

Ansatzpunkte zur Diskussion

Für die sachliche Diskussion ergeben sich aus den Gedankengängen von Schreiber und Jostock eine Reihe von Ansatzpunkten, unter denen wir die folgenden hervorheben:

Die Frage nach der Dringlichkeit oder dem Rang der Eigentumspolitik. Schreiber hat darzulegen versucht, daß das Eigentum, vor allem in den relativ geringen Größen, die das Ergebnis einer breiten Streuung sein würden, an Bedeutung sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft verloren hat. Denn der Kleineigentümer als solcher hat keinen erheblichen Einkommenszuwachs zu erwarten und kann auch keinen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft nehmen. Was übrigbleibt, ist eine zusätzliche Existenzsicherung. Setzen die christlichen Sozialwissenschaftler vielleicht zu große Erwartungen auf die Streuung des Eigentums? Lohnt sich das wirtschaftliche Risiko einer forcierten Eigentumspolitik?

Die Frage nach den psychologischen Voraussetzungen der Eigentumspolitik. Diese hat nur dann einen Sinn und eine Erfolgchance, wenn das Volk in seiner Mehrheit an der Begründung eines echten Dauereigentums interessiert ist. Dieses Interesse bekundet sich in einem Sparwillen, der die Ersparnisse langfristig festzulegen bereit ist. Andernfalls würde die Initialzündung für den Eigentumbildungsprozeß nicht nur verpuffen, sondern das Wirtschaftsgefüge gefährden. Kann die Steigerung der Sparsparanlagen, die wir in Westdeutschland zu verzeichnen haben, als Symptom dafür aufgefaßt werden, daß dieser Wille zum Eigentum in breiten Schichten vorhanden ist, oder steht zu befürchten, daß der Hang zum Konsum stärker sein wird? Welche politischen oder institutionellen Möglichkeiten gibt es über die bereits durchgeführten Sparförderungsmaßnahmen hinaus, diesen Sparwillen neu zu beleben? Inwieweit kann der volkswirtschaftlich unentbehrliche Zwangssparprozeß, der die Treuhänder-

schaft am Volksvermögen gegenwärtig hauptsächlich dem Staat und den Unternehmern zuspielt, ohne Gefahr den Bürgern selbst anvertraut werden? Nach christlicher Auffassung hat das Eigentum dem Gemeinwohl zu dienen. Ist das Verantwortungsbewußtsein so weit entwickelt, daß dem Gemeinwohl bei einer Umverteilung besser gedient wäre als jetzt? Diese beiden Fragen ergeben sich unmittelbar aus den Gedankengängen Schreibers. Jostock hat nun aber deren Voraussetzungen bezweifelt, und zwar sowohl die volkswirtschaftlichen als auch die sozial-ethischen.

Die Frage der sozialökonomischen Methode. Daß man eine soziale Frage wie die der Eigentumbildung nicht nur rein normativ vom Naturrecht aus betrachten darf, sondern auch von den einschlägigen Erfahrungswissenschaften her untersuchen muß, ist selbstverständlich. Daher hat eine „rein volkswirtschaftliche“ Erörterung, wie Schreiber sie vorgelegt hat, Berechtigung. Nun hat aber die theoretische Sozialökonomie keine allgemein anerkannte und indiskutable Methode. Sie muß die Wirtschaftsvorgänge, die sich in der Wirklichkeit in unlösbarem Zusammenhang mit außerwirtschaftlichen Faktoren, insbesondere politischen und soziologischen Faktoren, abspielen, diesen gegenüber methodisch isolieren, um sie überhaupt theoretisch in den Griff zu bekommen. Sie muß so verfahren, als wäre Wirtschaft ein rein in sich selbst bestimmtes Phänomen. Sie muß sogar noch weitere Einschränkungen machen. Da verschiedene Formen und Typen von Wirtschaft denkbar sind und tatsächlich existiert haben und existieren, kann die Wirtschaftstheorie nur wenige Aussagen machen, die von allen Formen von Wirtschaft gelten. Sobald sie ins einzelne geht, kann sie nur von einer bestimmten Form des Wirtschaftens sprechen. Sie legt also der Untersuchung ein bestimmtes Wirtschaftsmodell zugrunde. Das ist bei Schreiber das Modell der freien und reinen Marktwirtschaft. Wenn nun aus einer solchen Untersuchung Schlüsse für die Praxis, d. h. Forderungen für das tatsächliche wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verhalten in einer bestimmten Situation gezogen werden, dann haben diese nur unter der Voraussetzung Gültigkeit, daß man das ihnen zugrundeliegende Wirtschaftsmodell im Prinzip akzeptiert und außerdem die Überzeugung des Theoretikers teilt, daß das Modell in reiner Form in die Wirklichkeit übersetzbar sei. Dazu bedürfte es jedoch eingehender Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. In unserm Fall bleibt zu erörtern, wie sich die politische Begünstigung der Selbstfinanzierung auf die volkswirtschaftliche Bilanz ausgewirkt hat und wie sich eine wirtschaftspolitische Kursänderung auswirken könnte. Diese Frage führt zu einer weiteren.

Die Frage der sozialen Ordnungsprinzipien. Es ist der Sinn der praktischen Wissenschaften, die das persönliche und soziale menschliche Leben zum Gegenstand haben, Ordnungsprinzipien für das menschliche Verhalten zu erarbeiten. Unter diesen Prinzipien gibt es solche, die eine absolute Geltung beanspruchen, nämlich die sittlichen und religiösen, und andere, die nur hypothetische Gültigkeit haben. Die letzteren werden von den Erfahrungswissenschaften statuiert. Sie bestehen in Aussagen über das Verhältnis zwischen bestimmten Zielen und bestimmten Mitteln. Sie gelten hypothetisch, das heißt unter der Voraussetzung, daß man das bestimmte Ziel anstrebt. Man bezeichnet diese Sache durch den Begriff der „relativen

Autonomie der Kulturgebiete“. Die Autonomie eines bestimmten politischen, wirtschaftlichen, pädagogischen oder sonstigen menschlichen Gestaltungsprozesses besteht darin, daß man bestimmte Mittel anwenden muß, wenn man zu dem vorgesetzten Ziel gelangen will. Wobei noch der allen empirischen Wissenschaften anhaftende Unsicherheitsfaktor zu berücksichtigen ist, ob denn wirklich der dargelegte Kausalzusammenhang lückenlos und zwingend sei. Können nicht auch andere Mittel zum Ziel führen als die, an die man gedacht hat? Die Ziele selbst aber kann keine empirische Wissenschaft dem Menschen vorschreiben, auch nicht die Sozialökonomik. Sie vorschreiben wollen, hieße: *metabasis eis allo genos*. Wenn ein empirischer Wissenschaftler es tut, begibt er sich in das Gebiet der Ethik oder Religion. Diese Versuchung tritt an alle empirischen Wissenschaftler heran. Sie werden versucht, ihre Erkenntnisse absolut zu setzen: der Arzt, der Ingenieur, der Sozialpädagoge, der Politiker, der Sozialökonom. Der Arzt behandelt seinen Patienten, als ob er nichts weiter zu tun habe, als seiner Gesundheit zu leben. Der Sozialökonom behandelt die Frage der Eigentumsstreuung, als ob es selbstverständlich sei, daß es auf nichts weiter ankäme, als die Unternehmerwirtschaft zu erhalten. Der Ingenieur geht von der Annahme aus, daß alles, was technisch möglich ist, gemacht werden muß. Ihre hypothetischen Voraussetzungen werden ihnen unter der Hand zu Selbstverständlichkeiten. Das sind sie nicht. Und diese Einschränkung gilt auch für das volkswirtschaftliche Wunschbild Schreibers. Jostock hat es gesagt: Wenn man glaubt, daß die Erhaltung der gegenwärtigen Ertragsverteilung akzeptiert werden muß, weil die Unternehmerwirtschaft selbstverständlich unantastbar ist, dann irrt man sich.

Unbedingte Ziele zu setzen, das steht nur der Religion oder der Ethik zu. Religion und Ethik übersetzen diese Ziele für die menschliche Praxis in Normen für das individuelle und soziale menschliche Verhalten, das Verhalten von Einzelpersonen und Gemeinschaften bzw. deren

Repräsentanten. Materiell erstrecken die Normen sich auf alle Lebensgebiete, auch auf die Wirtschaft. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen. Es ist ihre Sache, wie sie mit dieser Aufgabe fertig wird und sie unter Anwendung ihrer immanenten Gesetze löst. Sie hat jedenfalls den Primat der Ethik anzuerkennen.

Nun sind aber auch die Theologen und Moralisten einer Versuchung ausgesetzt. Die religiösen und ethischen Normen sind an sich sehr „allgemein“. Die Ehre Gottes, das menschliche Heil und die Humanität können auf vielerlei Wegen verwirklicht werden. Zwar sind die Normen dafür keine rein negativen; ihr Sinn ist der positivste, den man sich denken kann. Aber es ist schwer, in einer höchst konkreten Situation und angesichts einer ganz konkreten Frage, in unserm Fall der Eigentumsfrage, zu entscheiden, ob ein bestimmter Weg zum Ziel der einzig mögliche und daher absolut geforderte oder auch nur der beste ist. Die Ethik weiß, daß ohne Privateigentum das Ziel der Humanität nicht zu verwirklichen ist. Sie weiß aber nicht, d. h., sie weiß es nicht aus ihren Prinzipien, wie das Verhältnis von Kollektiveigentum, privilegiertem Privateigentum (Unternehmereigentum) und gestreutem Privateigentum der Situation, den gegebenen soziologischen und geistigen Strukturen entsprechend, zielgerecht gestaltet sein soll und wie man dieses Verhältnis zweckmäßig herstellt. Sie neigt dazu, und zwar neigt sie aus den Denkgewohnheiten der normativen Wissenschaft, die mit dem Unbedingten und ewig Gültigen umzugehen hat, dazu, historische Formen und Wege zu kanonisieren. Die Ethik und Theologie kann also konkrete Vorschläge nur dann entwickeln, wenn sie auf die empirischen Wissenschaften hinhört. Und diese können ihren Auffassungen nur dann eine ethische Qualifikation verschaffen, wenn sie sich dem Urteil der Ethik stellen. Das gilt auch für unsere Frage. Hier führt uns nicht die Polemik zum Ziel, sondern nur der Dialog zwischen den Vertretern der normativen und denen der empirischen Wissenschaften.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

ANDRIESEN, Dom Paul. *L'impuissance de Paul en face de l'ange de Satan*. In: Nouvelle Revue Théologique Jhg. 91 Nr. 5 (Mai 1959) S. 462—469.

Früher nahm man durchweg an, daß der Stachel im Fleisch der Engel Satans, der den Apostel Paulus quälte (2 Kor. 12, 7), fleischliche Versuchung war, dann tauchte die Hypothese einer Krankheit auf. Neue Exegeten sind zu der Überzeugung gekommen, daß es sich um die Verfolgungen seiner Feinde handelt. Diese Interpretation stützt sich auf den Kontext und den jüdischen Sprachgebrauch: im Alten Testament werden Feinde mehrmals als Dorn im Auge bezeichnet, und für die falschen Apostel, die das Werk des echten Apostels zerstören wollen, ist der Ausdruck „Engel Satans“ treffend. Es handelt sich dann nicht um persönliche Leiden, sondern um das große Anliegen des Apostolats.

BRUNNER, August, SJ. *Entleerter Glaube*. In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 9 (Juni 1959) S. 181—193.

Als „Ende einer Entwicklung“ kennzeichnet der Verfasser in einer gründlichen Auseinandersetzung mit der „Dogmatik als Selbstverständnis des christlichen Glaubens“, I. Teil von Fritz Buri — einem in Deutschland nicht sehr beachteten Werk —, den Rückzug des evangelischen Glaubens auf das „Selbstverständnis“, wobei der Irrtum unterläuft, als sei hier der Gegensatz von Subjekt—Objekt im Akt des Glaubens aufgehoben, eine These, die alle Anhänger Bultmanns und Gogartens vertreten. Insofern leistet Brunner einen wertvollen Dienst zur Entkräftung der These, wobei auch er der ungegenständlichen Erkenntnis des Personhaft-Geistigen Rechnung trägt, aber der Versuchung entgegentritt, den immer auch leibhaften, also an gegenständliches Erkennen gebundenen Menschen auseinanderzureißen.

COPPENRATH, M. *Les Ordres inférieurs: degrés du Sacerdoce ou étapes vers la Prêtrise?* In: Nouvelle Revue Théologique Jhg. 91 Nr. 5 (Mai 1959) S. 489—501.

Der heutige Brauch, die niederen Weihen nur als Durchgangsstufen zur Priesterweihe zu betrachten, beruft sich meist auf das Konzil von Trient. Aber gerade eine genaue Untersuchung der Entstehung und endgültigen Formulierung der das Weihesakrament betreffenden Kapitel und Canones des Trienter Konzils beweisen, daß zwar die Weihestufen hierarchisch geordnet sind und „zum Priestertum führen“, jedoch der Geweihte auf jeder Stufe, seiner Berufung gemäß, anhalten kann und auf jeder Stufe bereits an der Würde des Priestertums irgendwie teilhat. Die niederen Weihen schaffen also zwar Stufen, aber nicht Etappen, d. h. bloße Durchgangspunkte. Diese Analyse der Texte des Trienter Konzils können eine Wiederbelebung des Diakonats als selbstständige kirchliche Würde sehr erleichtern.

COULSON, John. *The Authority of Conscience*. In: The Downside Review Nr. 248 (Frühjahr 1959) S. 141—158.

Diese Auseinandersetzung mit einem Buch von G. E. M. Anscombe beleuchtet, z. T. am konkreten Beispiel des christlichen Gewissens in der Frage der Atomwaffen, die Schwierigkeiten evangelischer Gewissensethik, die einer inneren Stimme folgt, und fordert demgegenüber die Ausrichtung des Gewissens am Gesetz Gottes.

DE LETTER, P., SJ. *The Meaning of Sin*. In: The Clergy Monthly Vol. 23 Nr. 2 (März 1959) S. 49—61.

Die kurze Studie De Letters ist vor allem auf die besonderen Verhältnisse in Indien bezogen. Die Sünde ist eine religiöse Realität und kann nur aus